

**Die Ausführungen Dr. Wekerles über den Ausgleich.****Eindruck in Wiener politischen Kreisen.**

Wien, 31. Januar.

Der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle hat in seiner Programmrede auch die Neuregelung des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland und den Ausgleich mit Oesterreich berührt und erklärt, daß der Abschluß engerer wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland keine Gebundenheit gegenüber Oesterreich nach sich ziehen könne und daß weder rechtlich noch durch Entstehen einer tatsächlichen Zwangslage das dem künftigen Reichstage zu wahrernde Recht verkürzt werde, mit voller Freiheit über den Ausgleich mit Oesterreich zu entscheiden.

In hiesigen politischen Kreisen wird diese Äußerung folgendermaßen aufgefaßt: Zwischen Oesterreich und Ungarn besteht gegenwärtig ein zweijähriges Ausgleichsprovisorium. Wenn inzwischen mit Deutschland ein zwanzigjähriges Vertragsverhältnis abgeschlossen würde, so würde aus diesem Umstande allein für die beiden Staaten der Monarchie noch keine Zwangslage resultieren, ebenfalls einen zwanzigjährigen Ausgleich abzuschließen. Die Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten macht den Eindruck, daß die ungarische Regierung formell feststellen will, daß sie durch die handelspolitischen Abmachungen mit Deutschland an sich in keinerlei Zwangslage bezüglich des Ausgleiches mit Oesterreich gebracht werden wird.